

Antwort: Frank Magnitz MdB, AfD

Sehr geehrte Frau Schneider,

wie im vergangenen Jahr, als das Infektionsschutzgesetz im Zusammenhang mit Corona zum ersten Mal geändert wurde, erreichen mich viele Briefe und Nachrichten besorgter Bürger - so auch von Ihnen. Dafür danke ich Ihnen sehr herzlich. Leider gehören Sie wie auch ich noch zu einer Minderheit, die dem Regierungswahn trotzt.

Das ist umso wichtiger, als unser Land seit mehr als einem Jahr in fortgesetzter Schockstarre gehalten wird. Ja, es gibt das Virus, doch die von der sogenannten Ministerpräsidentenkonferenz unter Leitung der Bundeskanzlerin verordneten Maßnahmen waren zu keinem Zeitpunkt angemessen, verhältnismäßig oder gar sinnvoll. Ja, es gibt schwere Verläufe der Covid-19-Erkrankung, doch das berechtigt nicht dazu, ein ganzes Land herunterzufahren. Und ja, das Virus verbreitet sich, doch Masken- und Distanzgebote sind hier nicht hilfreich.

Wer wissen will, wozu Corona wirklich dient, braucht nur einen Blick in den Entwurf des Vierten Merkelschen Schutzgesetzes werfen. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um den Umbau der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. Prinzipien wie der Föderalismus sollen ausgehebelt, Grundrechte weiter eingeschränkt und Ausgangssperren ausgesprochen werden können - und zwar direkt vom Kanzleramt aus.

All dem liegt ein willkürlicher sogenannter "Inzidenzwert" zugrunde. Grundlage hierfür sind widersprüchliche Analysen, tendenziöse Kommentare in Politik und Medien sowie auf Bestellung gelieferte Erklärungen willfähriger Mediziner und Wissenschaftler. Derweil lebt es sich - insbesondere in Kreisen von Politikern der Regierungsparteien - ganz gut von der Corona-Krise. Gleichzeitig blutet der Mittelstand als tragende Säule unseres Wohlstandes aus, Existenzen werden zerstört und Familien an den Rand des Ruins getrieben.

Bürger mit Vorbehalten gegenüber der staatlicherseits verkündeten Meinung werden als Corona-Leugner diffamiert. Überhaupt wurde im Zuge der Corona-Krise eine nie da gewesene Hetzkampagne gegen Andersdenkende und -handelnde entfacht. Das System duldet keinen Widerspruch. Einer Diktatur gleich werden daher Freiheitsrechte eingeschränkt: Neben der Freiheit der Person (Art. 2 GG), der Freizügigkeit (Art. 11 GG) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG) soll nun auch das Recht auf körperliche Unversehrtheit (Art. 2 GG) eingeschränkt werden können. So lassen sich Test- und Impfpflicht durchsetzen.

Auch auf die Gefahr hin, dass ich mich wiederhole: Mit dem "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" wurde am 23.03.1933 die deutsche Republik durch eine Diktatur ersetzt. Das Ergebnis ist bekannt. Schon mit dem dritten und nunmehr erst recht mit dem "Vierten Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite" ist der Übergang zu Willkürherrschaft und Zerstörung Deutschlands absehbar!

Das muss durch die Vertreter des Souveräns im Parlament verhindert werden! So uns das nicht gelingt-und davon ist leider auszugehen- müssen wir unseren gemeinsamen Protest bei

jeder Gelegenheit, an jedem Ort, in jeder Debatte unmissverständlich zum Ausdruck bringen und auf die Straße tragen.

Die Fraktion der AfD im Deutschen Bundestag stellt sich dem Machtwahn der Regierungsparteien und der sie unterstützenden Faktionen entgegen. Selbstverständlich werde ich gegen ein "Viertes Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage nationaler Tragweite" stimmen. Sie aber bitte ich bei den anstehenden Wahlen der einzigen wirklichen Oppositionspartei, der AfD, ihre Stimme zu geben.

Kämpferische Grüße aus dem Deutschen Bundestag

Ihr Frank Magnitz